Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Asien und Pazifik

Verantwortlich: beate.bartoldus@fes.de

9. August 2002

Muslim-Pogrome in Gujarat: Indiens säkulare Tradition in Gefahr?

Vesna Rodic, FES, Delhi

- Nach einem Überfall auf einen mit Hindu-Pilgern voll besetzten Zug in der Nähe von Godhra brachen Ende Februar im indischen Unionsstaat Gujarat Pogrome gegen Muslime aus.
- Die Pogrome unterscheiden sich von früheren Ausschreitungen zwischen Hindus und Muslimen dadurch, dass sie im Voraus geplant waren und in ihrer Durchführung vom Staat unterstützt wurden.
- Gujarat ist besonders anfällig für Kommunalismus. Seine besonders erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung der letzten hundert Jahre ging einher mit Verstädterung, sozialer Mobilität und Verelendung. Dies wiederum führte zu sozialem Wandel und einem Verfall traditioneller Werte. Große Teile der verunsicherten Mittelschicht wandten sich in der Folge den Hindunationalisten zu.
- Das unbewältigte kollektive Trauma der Teilung Britisch Indiens ist Hintergrund nicht nur der Spannungen mit Pakistan, sondern auch der kommunalistischen Gewalt zwischen Hindus und Muslimen im heutigen Indien.
- Die hindunationalistische Partei BJP hat auf Bundesebene ihre vergangenen Wahlerfolge aber weniger kommunalistischen Agitationen als dem Niedergang der Kongresspartei zu verdanken. Korruptionsskandale, Reformstau und Verwässerung der Hindutum-Agenda verkleinern ihre Wählerschaft zunehmend.
- Die Pogrome in Gujarat haben viele Sympathisanten der Hindunationalisten zutiefst erschreckt sowie die säkulare intellektuelle Elite des Landes und die Zivilgesellschaft wachgerüttelt. Wiederholungen der Ausschreitungen in anderen Regionen sind daher unwahrscheinlich.

Während die Welt aufmerksam die Konfrontation zwischen den Atommächten Indien und Pakistan betrachtet, verlaufen die seit zehn Jahren schlimmsten Unruhen zwischen Hindus und Muslimen im indischen Gujarat weitgehend unbeachtet. Und das obwohl sie verheerende Folgen haben. Offiziell ist von insgesamt 700 Toten die Rede, inoffizielle Quellen rechnen mit über 2000. Geschätzte 100.000 Menschen waren zeitweise auf der Flucht, 15.000 befinden sich noch Monate später in improvisierten Flüchtlingslagern. Der ökonomische Schaden beläuft sich auf mehrere Milliarden US-Dollar. Obwohl es inzwischen gelungen ist, die öffentliche Ordnung wieder herzustellen, ist die Situation weit von der Normalität entfernt. Die Opfer des tagelangen Mordens und Plünderns waren überwiegend Muslime. Muslimische Geschäfte und Häuser wurden geplündert, Moscheen zerstört und die muslimische Bevölkerung verfolgt, gefoltert und ermordet. Die muslimische Minderheit in Gujarat fühlt sich nun im Belagerungszustand und ist kollektiv traumatisiert. Muslime in ganz Indien sind zutiefst verunsichert.

Ausschreitungen zwischen Hindus und Muslimen gab es in Indien schon viele. Zum ersten Mal in der Geschichte des unabhängigen Indien ist die Straßengewalt diesmal allerdings nicht spontaner Ausdruck der Intoleranz zwischen Vertretern der beiden Religionen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass militante Hindus die Übergriffe bereits Monate im Voraus geplant haben und der Staat sie bei der Durchführung dann unterstützt hat.

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

Es gibt viele Anzeichen für die sorgfältige Planung der zielgerichteten Verfolgungsjagden. In gemischten Wohn- und Geschäftsgegenden blieben die Häuser von Hindus unangetastet. Die marodierenden Banden waren gut organisiert und hatten Mobiltelefone, um sich während der Angriffe abzustimmen. Viele trugen Flugblätter extremistischer Organisationen mit sich, in denen zum wirtschaftlichen und sozialen Boykott gegen die Muslime Gujarats aufgerufen wurde. Wohlhabende Vertreter der Hindu-Mittelschicht beteiligten sich an den Plünderungen. Frauen und Kinder wurden wie selten zuvor Opfer bestialischer Brutalität und sexueller Gewalt. Gleichzeitig wurde auch eine beachtliche Zahl von gewalttätigen Hindu-Frauen in den Ausschreitungen gesichtet. Zum ersten Mal breitete sich die Gewalt in die ländlichen Gegenden Gujarats aus. In den Städten beteiligten sich Dalits (untere Kasten) und auf dem Land Adivasis (Stammesbevölkerung) überraschenderweise an den Übergriffen, obwohl sie zu den traditionell unterdrückten Minderheiten gehören.

Ausgelöst wurde die Gewalt durch einen Vorfall, dessen Ursachen bis heute nicht völlig geklärt sind. Am 27. Februar griff ein muslimischer Mob Nahe der Stadt Godhra einen mit Hindu-Pilgern voll besetzten Zug an. 58 Fahrgäste verbrannten, darunter 26 Frauen und 14 Kinder. Ob der Überfall auf den Zug ein spontaner Gewaltausbruch oder aber geplant war, darüber wird in Indien noch immer spekuliert. Er kann eine direkte Reaktion radikaler Muslime auf die Agitation von Hindunationalisten gewesen sein, denn der Zug war voll besetzt mit Aktivisten. Sie kamen zurück aus Ayodhya, einer Stadt, die durch den Abriss der Babri-Moschee zum Synonym für die Politik des aggressiven Hindunationalismus geworden ist. Schnell wurden in indischen Medien Vermutungen geäußert, dass der pakistanische Geheimdienst hinter dem Anschlag steckt. Klar ist aber, dass dieser Überfall als Rechtfertigung für die unmittelbar folgenden Ausschreitungen gegen Muslime genutzt wurde.

Parteinahme des Staates

Da die hindunationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) seit 1998 die Regierung in Delhi anführt, weht den Minderheiten im Land seit einiger Zeit ein deutlich rauherer politischer Wind entgegen. Gujarat ist eines der wenigen noch verbliebenen Länder der indischen Föderation, in denen die BJP mit Mehrheit regiert. Die offensichtliche Parteinahme des Staates für die Hindu-Extremisten macht die neue besorgniserregende Qualität der Pogrome aus. Erschreckend ist, dass die Regierung nicht nur wenig unternommen hat, um die Massaker zu verhindern, sie soll auch die Verfolgungsjagden durch Zuarbeit erleichtert haben. Die Täter besaßen amtliche Listen und Daten, die es ihnen ermöglichten, gezielte Adressen aufzusuchen. Viele Morde geschahen in unmittelbarer Nähe von Polizeistationen, die wenig oder nichts unternahmen, um die Opfer zu retten. Parteikader der BJP und Regierungsbeamte wurden als Anführer der Mobs identifiziert. Bis heute ist gegen keinen von ihnen Anklage erhoben worden. Andererseits wurden die wenigen Staatsdiener, die Menschenleben retteten oder in ihren Bezirken Ruhe zu bewahren wussten, später auf andere, weniger wichtige Posten versetzt. Die Armee wurde mit Verspätung herbeigerufen, auch unter der fadenscheinigen Begründung, die Truppen würden an den Grenzen zu Pakistan gebraucht. Chefminister Narendra Modi - ein Hardliner unter den Hindunationalisten - tat sich mit der Verurteilung der Gewalt schwer und entschuldigte sie spontan als "natürliche Reaktion" auf Godhra.

Der Regierung in Gujarat wird aufgrund ihrer allzu gelassenen Reaktionen und der kläglichen Rehabilitierungsmaßnahmen das komplette Versagen ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben vorgeworfen. Es geht viel weiter als die frühere Untätigkeit von Kongressregierungen bei Ausschreitungen. Die Öffentlichkeit und die Medien sprechen von Staatsterrorismus und Genozid, von einer pogromähnlichen Verfolgung der Muslime, die in ihrer Form an die Judenverfolgung der Nazis im Vorkriegsdeutschland erinnert.

Modi wies bis vor kurzem alle Vorwürfe kategorisch zurück und weigerte sich, Konsequenzen aus der Katastrophe zu ziehen. Obwohl auf nationaler Ebene fast alle Oppositionsparteien und sogar einzelne Koalitionspartner der BJP vehement seinen Rücktritt forderten, blieb er auf seinem Posten sitzen. Der Antrag der Opposition, durch Berufung auf einen Verfassungsartikel die Regierung zu zwingen, Modi abzusetzen und in Gujarat die President's Rule (durch die Zentralregierung) einzuführen, bekam nicht die notwendige Mehrheit. Von einer geballten Medienkampagne gegen ihn und landesweiten Protesten der säkular orientierten Elite ließ er sich nicht beeindrukken. Er war sich der Rückendeckung seiner Partei so sicher, dass er sich nicht einmal bei den Opfern entschuldigte. Dies übernahm Premierminister Vajpayee für ihn, als er Wochen später Gujarat besuchte.

Nach der Beilegung der Krise mit Pakistan, die vorübergehend von den Ereignissen in Gujarat abgelenkt hatte, weckte Modi mit der Auflösung des Landesparlaments in Gujarat weitere Kritik. Mit diesem Schritt war nicht das Eingeständnis seiner politischen Verantwortungslosigkeit verbunden, sondern das kaltblütige Kalkül, durch vorgezogene Wahlen Profit aus der Gewaltwelle schlagen zu können. Vor dem Hintergrund eines drohenden finanziellen Bankrotts und der fehlenden Erfolge der Regierung will sich die BJP in Gujarat die Stimmen der kommunalisierten Mittelschicht sichern, um ihre bereits vorhergesagte Nie-

derlage in den nächsten Landtagswahlen zu verhindern.

Gujarats Weg zum Kommunalismus

In Gujarat ist es militanten Hindu-Organisationen über die letzten Jahrzehnte offenbar gelungen, die wirtschaftliche Elite für sich zu gewinnen, staatliche Institutionen zu unterwandern und die in Indien ohnehin präsente soziale Kluft zwischen Hindus und Muslimen zu vertiefen.

Pessimistische Beobachter befürchten, dass die im Namen des Hinduismus propagierte Kultur der Intoleranz gegenüber Muslimen und anderen Minderheiten auch in anderen Landesteilen Fuß fassen könnte. Sie sehen das Ende des Säkularismus, des Pluralismus und der gesellschaftlichen Toleranz kommen und damit die Demokratie in Indien ernsthaft bedroht. Die Frage, weshalb die in Gujarat besonders aktiven Hindunationalisten dort einen fruchtbaren Boden gefunden haben, um ihrer Idee von einer Hindu-Leitkultur Akzeptanz zu verschaffen, beschäftigt die gesamte intellektuelle Elite des Landes, die sich im Schockzustand befindet und nicht weiß, wie sie auf diese neue Qualität der Gewalt reagieren soll.

Die jüngere Geschichte Gujarats ist stark vom Kommunalismus - wie in Südasien die Ausschreitungen zwischen verschiedenen ethnischen oder religiösen Gruppen bezeichnet werden - geprägt. Seit sich 1969 die ersten schweren Zusammenstöße in Ahmedabad zwischen Hindus und Muslimen ereigneten, gab es immer wieder Unruhen, unterbrochen von Phasen eines Friedens, der von Beobachtern als angespannt und unkomfortabel wahrgenommen wurde. Zwischen 1970 und 2002 wurden 443 kommunalistische Ausschreitungen von größerem Ausmaß verzeichnet. Die letzten schweren Zusammenstöße zwischen Hindus und Muslimen ereigneten sich 1992/93, als die Babri-Moschee in Ayodhya niedergerissen wurde.

Kommunalismus ist ein überwiegend städtisches Phänomen. Als ökonomisch am schnellsten wachsende Region Indiens bildet Gujarat mit seinen 55 Städten und einem hohen Industrialisierungsgrad daher einen besonders dicht besiedelten Konfliktboden. Seine Entwicklung zu einem Handels- und Industriezentrum in den letzten 100 Jahren hatte neben der Modernisierung auch die Auflösung der kulturspezifischen sozioökonomischen Muster der alten Eliten zur Folge. Während ihre Verhaltensnormen traditionell auf Kompromissbereitschaft und Konfliktvermeidung beruhten, setzten ihre Nachfolger, die neuen Kapitalisten, in ihrer Nachfrage nach billigen Arbeitskräften und höheren Profiten auf aggressive Methoden. Aufgrund des veränderten geschäftlichen und gesellschaftlichen Klimas stiegen die sozialen Spannungen an.

Die Städte explodierten durch den Zuzug von tausenden Arbeitsmigranten, viele von ihnen Muslime. In einer weiteren Phase des Strukturwandels führte der Verfall der Textilindustrie zu neuem sozialen Elend. Die organisierte Kriminalität etablierte sich in den Städten und erhielt starken Zulauf von arbeitslosen jungen Muslimen. Hindus ohne berufliche Perspektiven suchten ihre Frustration zu kanalisieren und wurden für die Botschaften extremistischer Hindu-Organisationen empfänglich. Diese Konstellation bildete die Grundlage für die andauernden Konflikte und das gegenseitige Misstrauen zwischen Hindus und Muslimen der sozial schwachen Schichten in den Städten Gujarats.

Die etablierte wirtschaftliche Elite - allesamt Hindus der höheren Kasten - sah ihre privilegierte Position erstmals ernsthaft bedroht, als seit den 80er Jahren zunehmend Dalits, Adivasis und auch Muslime zu erfolgreichen Unternehmern aufstiegen und um die wirtschaftliche und politische Macht in Gujarat konkurrierten. Die Reservierungspolitik zugunsten von Minderheiten, die von der Kongresspartei zur Sicherung ihrer Stimmen instrumentalisiert wurde, war in den 80er Jahren ein Auslöser für schwere Ausschreitungen gegenüber Dalits und anderen marginalisierten Gruppen.

Die BJP, deren Führungskader sich ebenfalls aus höheren Kasten rekrutiert, nutzte die zunehmende Verunsicherung der Mittelschicht in Gujarat, um mit aggressiven Agitationen und spektakulären Kampagnen ihre Basis auszubauen. Sie nutzte geschickt ein Vakuum, entstanden durch den Verfall alter Wertvorstellungen und durch den langsamen Niedergang der Kongresspartei, um die moderne und fortschrittliche, aber zunehmend orientierungslose Mittelschicht für sich zu gewinnen. Die wohlhabende Diaspora Gujarats wendete sich in ihrem Bedürfnis nach einer eigenständigen kulturellen Identität ebenfalls den Hindunationalisten zu und sicherte den militanten Schwesterorganisationen der BJP üppig fließende Finanzierungsquellen. In Gujarat ist es extremistischen Kräften so innerhalb einer relativ kurzen Zeit gelungen, Staat und Gesellschaft für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren.

Erfolg und Misserfolg der BJP

Doch was in Gujarat möglich war, wird sich anderswo kaum wiederholen lassen. Die BJP verdankt zwar ihre politische Macht in Delhi den Mittelschichten in ganz Indien. Die Ayodhya-Kampagne war aber nicht der wichtigste Grund für ihren Wahlerfolg, sondern ihr sauberes Image und ein umfangreiches wirtschaftspo-

litisches Reformprogramm. Der schleichende Verfall der Kongresspartei, ihre zunehmende Unfähigkeit, die vielfältigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes beherzt anzugehen und die innerparteiliche Stagnation und Korruption machten den Weg frei für die Hindunationalisten, da es keine andere, realistische Alternativen gab.

In einem Augenblick, in dem die Kongresspartei an einem historischen Tiefpunkt angelangt schien, verschaffte die Agitation um Ayodhya der BJP den notwendigen identitätsstiftenden Rahmen für die Idee einer Nation der Hindus. Die Kampagne war im wesentlichen eine Antwort auf den Versuch der Regierung V. P. Singhs, landesweit die Quoten für Dalits zu erhöhen. Teile der Eliten und der Mittelschichten fürchteten um ihre privilegierte Position und wendeten sich darauf hin ab von der Kongresspartei. Die Koalitionspartner gewann die BJP nur, weil viele der kleineren Regionalparteien nicht mehr bereit waren, sich durch eine Allianz mit dem Kongress bei ihrer Stammklientel zu kompromittieren. Seitdem die BJP durch einige größere Korruptionsskandale ihre Unschuld verlor und einen großen Vertrauensverlust erleiden musste, seit zudem die Reformfreude ins Stocken geraten ist, ist ihre Wählerbasis konstant geschrumpft. In einer Reihe von Landtagswahlen erlitt sie seit 1998 Niederlagen, allein dieses Jahr verlor sie die Regierungsbeteiligung in vier Ländern. Ausserdem musste sie auf Druck einiger Koalitionspartner auf wesentliche Punkte ihrer Hindutum-Agenda verzichten und verwässerte damit ihr Profil im eigenen politischen Lager.

Profitiert hat davon vor allem die Kongresspartei, die noch 1998 in nur fünf Ländern an der Macht war und im Augenblick wieder in 15 Ländern bzw. Unionsterritorien regiert. Bei den jüngsten Wahlen in Uttar Pradesh im Februar konnte auch die wieder aufgelegte Agitation zum Tempelbau in Ayodhya nicht verhindern, dass die BJP nur 22% der Sitze erhielt. Deshalb bemüht sie sich in den letzten Jahren verstärkt darum, ihre politische Basis auszuweiten und sucht außerhalb der städtischen Mittelschichten nach neuen Anhängern. Entgegen der gängigen Hindutva-Ideologie sind dabei sogar Dalits und Adivasis plötzlich salonfähig und werden mit Geld, politischen Posten und sozialer Anerkennung gelockt. Nur so lässt sich auch deren Beteiligung an den Ausschreitungen in Gujarat erklären.

Die unbewältigten Folgen der Teilung

Teile der indischen Mittelschicht sind auch außerhalb Gujarats bereit, der Hindutum-Ideologie zu folgen und die Muslime als potentielle Bedrohung ihrer Gesellschaftsordnung zu sehen. Die Gründe hierfür sind so komplex wie die Geschichte des Subkontinents selbst.

Die Beziehungen zwischen Hindus und Muslimen in Indien sind geprägt von der kollektiven Erinnerung beider Religionsgruppen an eine gewaltsame Vergangenheit. Die Muslime, die seit dem 12. Jahrhundert als Eroberer nach Indien kamen, wuchsen über die Jahrhunderte zur größten Minderheit in der Region an. Muslimische Dynastien wie die Moghulen herrschten zeitweise über riesige Reiche, in denen die Hindus die Untertanen stellten. Je nachdem, ob die neuen Herrscher die religiösen, kulturellen und sozialen Identitäten der Hindu-Gemeinschafen tolerierten, oder ob blutige Bekehrungskriege und Zerstörungswut die Folge waren, entwickelte sich in jeder Region und jeder geschichtlichen Periode ein mehr oder weniger friedliches Muster des Zusammenlebens von Hindus und Muslimen.

Die britische Kolonialherrschaft auf dem indischen Subkontinent endete 1947 auch deshalb mit der Bildung zweier Staaten, weil die Briten die seit je her vorhandenen Spannungen geschickt für ihre Expansionspolitik auf dem Subkontinent zu nutzen wussten und die vorhandene soziale Kluft durch eine Politik des ‚divide and rule' vertieften. Das führte zur Entwicklung der Zwei-Nationen-Theorie und der Entstehung zweier Staaten auf religiöser Basis. Der indische Nationalkongress (heutige Kongresspartei) hatte bis zuletzt alles versucht, um dies zu verhindern, doch der pakistanische Staatsgründer Jinnah und die Muslim-Liga waren der festen Überzeugung, dass es den Muslimen in einem eigenen Staat besser ergehen würde, und auch Nehru glaubte, darin liege die Lösung der kommunalistischen Probleme.

Vom Trauma der blutigen Teilung haben sich Teile der pakistanischen wie der indischen Gesellschaft bis heute nicht erholt, und es ist vor allem dieses unbewältigte kollektive Trauma, das den Hintergrund des Kaschmirkonflikts, der indisch-pakistanischen Spannungen und der kommunalistischen Gewalt zwischen Hindus und Muslimen im heutigen Indien bildet.

Die Hindutum-Verfechter haben sich nie damit abgefunden, dass ihre Indien-Vision sich nicht durchsetzen konnte. In Gujarat, dem Geburtsland Gandhis, wurden sie besonders aktiv. Seine Philosophie der Gewaltlosigkeit und des gesellschaftlichen Pluralismus wurde von ihnen so sehr abgelehnt, dass Gandhi schließlich von einem Hindunationalisten ermordet wurde. Dass die militanten Hindus in Gujarat heute so gut organisiert sind, hängt auch mit ihrem nach wie vor sehr präsenten Hass auf Gandhis geistiges und politisches Erbe zusammen.

Die Muslime, die sich für einen Verbleib in Indien entschieden, wurden von den Hindu-Extremisten seit je her als potentielle Landesverräter und als propakistanisch gesehen. Die negativen Mythen und

vielfältigen Vorurteile über sie, für deren Pflege die Hindunationalisten zuständig sind, werden von der hinduisierten Bevölkerung unreflektiert übernommen. Sie sitzen so tief, dass selbst aufgeklärte, gut gebildete Hindus dazu neigen, ihnen Glauben zu schenken.

Dabei blieben vor allem die säkular orientierten muslimischen Eliten und die ärmeren Schichten, die nichts zu verlieren hatten und nicht in den von der Teilung betroffenen Gebieten lebten, in Indien. Heute leben geschätzte 140 Millionen Muslime im Land, mehr als in Pakistan. Damit ist Indien nach Indonesien das Land mit der zweitgrössten muslimischen Bevölkerung weltweit.

An der Situation der Muslime hat sich allerdings seit der Teilung wenig geändert. Abgesehen von der kleinen, wirtschaftlich, kulturell oder politisch erfolgreichen Elite sind die Muslime in Indien in jeder Hinsicht Bürger zweiter Klasse. Sie gehören zu den ökonomisch marginalisierten und sozial benachteiligten Minderheiten, und seit Beginn der Ayodhya-Kampagne entziehen sie sich in einem langsamen Ghettoisierungsprozess zunehmend dem gesellschaftlichen Mainstream. Während die säkulare Elite ihre politische Heimat in den etablierten Parteien links von der Mitte findet, haben die Millionen gläubiger Muslime in Indien keine Führungsschicht, die sie in Delhi wirksam zu vertreten wüsste. Obwohl die große Mehrheit für religiösen Fanatismus nicht viel übrig hat, steigt daher die Zahl der islamistischen Organisationen. Eine neue Generation von jungen, zornigen Islamisten wächst im eigenen Land heran. Da hilft es nicht viel, dass auch die BJP ihre Vorzeigemuslime hat und dass sie bei den gerade stattgefundenen Präsidentschaftswahlen den muslimischen Nobelpreisträger und „Vater des indischen Raketenprogramms" Abdul Kalam als neuen Präsidenten Indiens vereidigen konnte.

Die verfolgten Muslime Gujarats und die am Wertekanon des Islam orientierten Millionen brauchen eine Führung, die ihre Interessen als Muslime und als Bürger Indiens vertreten kann. Nur eine säkulare Regierung wird verhindern können, dass sich die Gewaltspirale zwischen militanten Hindus und radikalen Islamisten weiter dreht. Ein Verbot von extremistischen Organisationen wie Vishwa Hindu Parishad (VHP) und Bajrang Dal, die mitunter mit den Taliban verglichen werden, würde erheblich dazu beitragen, die muslimische Gemeinschaft in Indien radikalen Einflüssen zu entziehen, und die Spannungen mit Pakistan zu reduzieren.

Keine Gefahr für Indiens Demokratie

Trotz des düsteren Zukunftszenarios, das sich für viele Beobachter mit den Ereignissen von Gujarat und der wachsenden Militanz von Extremisten beider Religionsgruppen anzudeuten scheint, sind Pogrome in anderen Teilen Indiens nicht ohne weiteres möglich. Jeder in Indien bestehende oder in Zukunft mögliche Konflikt hat seine eigene Geschichte und seine eigene Dynamik. Die einzelnen Unionsstaaten sind in ihrer Situation so unterschiedlich, dass Parallelen selten anzutreffen sind und die Konflikte jeweils durch unterschiedliche Faktoren verursacht werden. Gujarat war aufgrund seiner frühen Industrialisierung und Urbanisierung für kommunalistische Konflikte immer besonders anfällig – lange bevor die BJP die Regierung stellte. Die Kommunalisierung der städtischen Bevölkerung wird mit der Urbanisierung Indiens weiter voranschreiten, doch in vielen Regionen interessiert man sich weder für den Kaschmir-Konflikt noch ist man für anti-muslimische Ideologien empfänglich. Die militanten Hindu-Organisationen werden versuchen, ihre Gefolgschaft auszubauen, aber der Großteil der indischen Gesellschaft ist nicht so hinduisiert, wie die Mittelschicht Gujarats.

Die Pogrome in Gujarat haben viele Sympathisanten der BJP zutiefst erschreckt. Selbst in Gujarat ist man schockiert über das Ausmaß der Gewalt und empfindet nur noch Scham darüber, dass man die Hasskampagne der Hindunationalisten unterschätzt hat. Der wirtschaftliche Schaden wiegt zudem schwerer als die potentielle Genugtuung über die Vernichtung der muslimischen Unternehmerschaft. Gujarat wird Monate brauchen, um sich finanziell von den Ausschreitungen zu erholen. Dabei hatte es noch mit den Folgen des großen Erdbebens im Jahr zuvor gekämpft. Die Ereignisse haben die gesamte indische Wirtschaft getroffen und bedrohen das ohnehin geringe Wachstum. Die Hindunationalisten haben kein Interesse daran, den Vertrauensverlust der Investoren in Zukunft weiter zu vertiefen.

Die BJP hat auch darüber hinaus nicht die erforderliche Wählerbasis, um Indien allein regieren zu können. Sie ist trotz aller Kampagnen bisher nicht über die 25%-Hürde hinausgekommen und verliert aus vielen Gründen an Akzeptanz.

Die Zukunft der indischen Politik liegt in ihrer Regionalisierung und im Zwang zur Koalitionsbildung. Das wird den gemäßigten und säkularen Kräften mehr politische Einflussnahme erlauben. Die intellektuelle Elite des Landes und die Zivilgesellschaft wurden durch die Ereignisse in Gujarat wachgerüttelt. Viele sehen in der Krise eine Chance, die säkularen Kräfte zu bündeln und den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch neue Initiativen zu fördern.

Indien hat eine lange demokratische Tradition, deren Aufrechterhaltung seit der Staatsgründung keine leichte Aufgabe war. Heute mag man den Vielvölkerstaat aus vielen Gründen als „defekte Demokratie“ bezeichnen – eine Demokratie ist es nach wie vor.

Text

Der Kommunalismus in Indien wird nie ganz zu unterdrücken sein. Die Agenda der Hindunationalisten wird allerdings schwer durchzusetzen sein. Die Gewalt in Gujarat war – bei aller Tragik – ein Augenblick der Ernüchterung für alle.

Ansprechpartnerinnen:
Dr. Beate Bartoldus, Tel. 0228-883-515, E-Mail: Beate.Bartoldus@fes.de (verantwortlich)
Katharina Bielz, Tel: 0228-883-506, E-Mail: Katharina.Bielz@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik
Godesberger Allee 149, 53170 Bonn
Fax: 0228-883-575

Sie finden den Kurzbericht zum Herunterladen sowie Informationen zur Arbeit der FES in Asien auf http://www.fes.de/asien .